

Stephan Lamby
ERNSTFALL

UNKORRIGIERTE LESEPROBE

Pressesperrfrist für Rezensionen:

24. August 2023

Die Veröffentlichung einer Rezension vor Ablauf der Sperrfrist ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung des Verlags C.H.Beck erlaubt.

Stephan Lamby

ERNSTFALL

Regieren in Zeiten des Krieges

Report
aus dem Inneren der Macht

C.H.Beck

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2023

www.chbeck.de

Umschlaggestaltung: Rothfos & Gabler, Hamburg

Umschlagabbildung: © Tobias SCHWARZ / AFP via Getty Images

Satz: Fotosatz Amann, Memmingen

Druck und Bindung: Beltz, Bad Langensalza GmbH

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

Printed in Germany

Werbemittelnummer 258379



klimateutral produziert

www.chbeck.de/nachhaltig

Über den Autor

Stephan Lamby ist Dokumentarfilmer und Buchautor. Seit vielen Jahren bildet er mit seinen ARD-Dokumentationen die deutsche und internationale Politik ab, darunter «Nervöse Republik», «Labyrinth der Macht» und «Im Wahn». Er wurde vielfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Deutschen Fernsehpreis, dem Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis, dem STERN-Preis und als Journalist des Jahres.

Zuletzt erschien von ihm bei C.H.Beck «Entscheidungstage. Hinter den Kulissen des Machtwechsels» (2021) und der Bestseller »Im Wahn. Die amerikanische Katastrophe« (zus. mit Klaus Brinkbäumer, 2020).

Zum Buch

Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine steht die deutsche Regierung unter maximalem Druck. Falsche Entscheidungen können zu einer unkontrollierbaren Eskalation des Krieges führen, auch zu Not und Unruhen im eigenen Land. Der preisgekrönte Journalist Stephan Lamby hat Olaf Scholz, Annalena Baerbock, Robert Habeck, Christian Lindner und andere in den dramatischen Monaten aus der Nähe beobachtet. Sein hochspannender Bericht liefert exklusive Einblicke in die Regierungszentrale während der schwersten internationalen Krise seit dem Zweiten Weltkrieg.

Permanent müssen der Kanzler und seine Kabinettsmitglieder Überzeugungen über Bord werfen: Waffen, Kohlekraft, Schulden. Wladimir Putin zwingt ihnen eine fremde, unbeabsichtigte Politik auf. Wie hält man so etwas aus?

Was tut die Regierung, um den Krieg zu beenden? Wie kann Deutschland im globalen Kräfteressen bestehen? Von Beginn der Regierungszeit im Dezember 2021 war Stephan Lamby mit den wichtigsten Entscheidungsträgern unterwegs, in Washington, in den Hauptstädten Europas und asiatischen Mega-Cities, in der Sahelzone und am Arabischen Golf, auch in der deutschen Provinz. Und natürlich in Berlin. Er sah, wie Olaf Scholz und seine Regierung wegweisende Beschlüsse trafen und wie ihnen schwerwiegende Fehler unterliefen. Lambys investigative Reportage ist eine einzigartige Schilderung der weltgeschichtlichen Ereignisse – aus dem Inneren des deutschen Machtzentrums.

Interview mit dem Autor

Sie beobachten seit über 25 Jahren die Spitzenpolitik in Deutschland aus nächster Nähe. Was ist diesmal besonders?

Der Druck auf der Regierung war nie so groß wie jetzt. Ich habe Politikerinnen und Politiker während der Finanz- und Eurokrise ab 2008 beobachtet, da mussten weitreichende Entscheidungen oft innerhalb weniger Stunden getroffen werden, immer mit bangem Blick auf die Börsen. Ich habe die Regierung während der Flüchtlingskrise ab 2015 beobachtet, da ging es um den Zusammenhalt der Gesellschaft. Jetzt geht es um noch mehr, um Deutschlands Rolle in einem Krieg. Es geht um die Lieferung schwerer Waffen, somit um Leben und Tod. Es geht um die Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit lebensnotwendiger Energie. Und da ist noch die Klimakrise. Sie scheint abstrakter zu sein, ist aber ebenso bedrohlich. Es geht also um existentielle Fragen.

«Ernstfall», das ist Zeitenwende live vom Beifahrersitz in der schwersten außen- und sicherheitspolitischen Krise seit Gründung der Bundesrepublik – was macht das mit Ihnen persönlich?

Ich bin in Bonn aufgewachsen, in ziemlich geordneten politischen Verhältnissen. Die großen weltanschaulichen Fragen habe ich für mich beantwortet, als ich 18 oder 19 Jahre alt war. Nach wenigen Wochen als Bundeswehrsoldat habe ich den Kriegsdienst verweigert – aus Gewissensgründen. Seitdem hat mich dieses Gewissen weitgehend in Ruhe gelassen. Jetzt bricht eine Menge wieder auf, und ich muss neue Antworten auf alte Fragen finden. Das ist sehr unbequem. Den meisten Regierungsmitgliedern geht es nach meinem Eindruck ähnlich. Deshalb ist die Arbeit an dem Buch auch so spannend für mich. Ich lerne nicht nur eine Menge über die politischen Akteure, sondern auch über unser Land – und auch über mich selbst.

Im Buch beschreiben Sie, wie die handelnden Protagonisten alle auf ihre Weise scheitern, während Deutschland Monat für Monat tiefer in den Krieg hineingezogen wird. Klingt pessimistisch ...

Ganz so ist es nicht. Zwar sind bislang alle diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Versuche gescheitert, den Krieg zu beenden, mindestens einzudämmen. Aber noch ist Deutschland nur indirekt an dem Krieg beteiligt. Und es ist der Bundesregierung gelungen, die befürchteten Volksaufstände, einen Kollaps der Wirtschaft und ein Auseinanderbrechen der Europäischen Union zu verhindern. Das ist nicht trivial. Es geht in dem Kräftemessen mit Russland und zunehmend auch mit China auch um das Durchhaltevermögen der Volkswirtschaften und Gesellschaften. Wie das ausgeht, ist noch völlig offen.

Wie nehmen Sie die regierungsinternen Spannungen wahr? Scholz vs. Baerbock, Habeck vs. Lindner – sind diese Konflikte nur politisch zu erklären?

Im ersten Jahr ihrer Amtszeit war die Koalition sehr mit Putin beschäftigt. Das hat vieles verdeckt. Jetzt beschäftigt sie sich mehr mit sich selbst. Und muss nacharbeiten. Bei Maßnahmen gegen den Klimawandel, beim Ausbau der Infrastruktur, beim Bau neuer Wohnungen – in vielen Bereichen hängt die Regierung zurück. Und ihr läuft die Zeit davon. Im nächsten Jahr beginnen die Parteien, sich für die nächste Bundestagswahl aufzustellen. Dann wird auch abgerechnet. Der Druck, sich vor den eigenen Leuten und Wählern zu profilieren, steigt. Profilierung geht in der Politik meistens auf Kosten anderer.

Gibt es eine Schlüsselszene im Buch?

Es lohnt, sich die Tage vor und direkt nach dem Überfall am 24. Februar 2022 noch einmal genau anzuschauen. Das waren ja historische Tage, in denen die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands neu ausgerichtet wurde.

Ein paar Wochen später war ich dann mit Annalena Baerbock in Mali. Da konnte man eine Menge erfahren über die globalen geopolitischen Veränderungen. Man kann die Auswirkungen der russischen Invasion und auch des Klimawandels bis in die entlegensten Winkel der Erde spüren, in diesem Fall bis in die Sahelzone.

Wie ehrlich sind Scholz, Habeck, Baerbock und Lindner zu Ihnen? Oder anders gefragt: Merken Sie, wenn die Ihnen einen Bären aufbinden wollen?

Ich beobachte Politikerinnen und Politiker als Journalist seit vielen Jahren und habe, glaube ich, ein Gefühl für Schauspielerei im politischen Betrieb entwickelt.

Versuchen die Spin-Doktoren der Regierungsparteien, in Hintergrundgesprächen Einfluss auf Ihre Deutungen zu nehmen?

So ist das Spiel in der Hauptstadt. Aber wenn man schon eine Weile dabei ist, wird man irgendwann resistent gegen solche Einflussnahmen.

Dürfen sich die Leserinnen und Leser des Buches auf ein paar Überraschungen gefasst machen?

Ja. Aber Sie glauben nicht im Ernst, dass ich sie schon jetzt verrate.

Kann man zu nah dran sein? Wie schafft man als Journalist bei so viel Nähe wieder die nötige Distanz? Sie sind ja auch darauf angewiesen, dass die überhaupt mit Ihnen sprechen.

Die Gefahr besteht grundsätzlich, klar. Aber alles in allem hat sich das Verhältnis zwischen Politikern und Journalisten in den letzten Jahren gewandelt. Das liegt auch an Angela Merkel. Sie hat alle Kolleginnen und Kollegen gleichermaßen misstrauisch behandelt. Und auch gute Journalisten sollten sich durch Äquidistanz zu den Personen auszeichnen, über die sie berichten. Ich habe Filme über Helmut Kohl, Angela Merkel, Henry Kissinger genauso gedreht wie über Fidel Castro, Joschka Fischer oder auch über Jazzmusiker. Nach meinem Eindruck finden es die meisten Politikerinnen und Politiker, mit denen ich es zu tun habe, sogar gut, dass ich keinem Lager zuzuordnen bin. Die Nähe zu Protagonisten löst sich spätestens dann auf, wenn ich für einen Film im Schneiderraum bin oder für ein Buch am Laptop sitze.

Dann nehmen Sie uns zum Schluss mal mit in Ihre Schreibstube. Wann und wo kommen Sie überhaupt zum Schreiben? Und wie recherchieren Sie für Ihr Buch, was sind Ihre Quellen?

Ich schreibe in fast allen Lagen, im Zug, im Flugzeug, am Schreibtisch ohnehin. Oft sind das nur Skizzen, direkt nach einem Ereignis, wenn

die Eindrücke frisch sind. Später verfeinere ich die Skizzen dann. Manchmal stehe ich nachts auf und notiere noch einen Satz, der mir kurz vor dem Einschlafen einfällt. Den muss ich allerdings am nächsten Morgen noch einmal kritisch anschauen.

Meine wichtigsten Quellen sind die Politikerinnen und Politiker und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ich zum Teil seit Jahren als Journalist kenne. Ich führe sehr viele und manchmal sehr lange Interviews. Dann treffe ich mich zu unzähligen Hintergrundgesprächen mit Personen aus Ministerien, Behörden und Parteien, von denen ich neue Einblicke und wichtige Informationen erhalte. Wichtig ist, ergebnisoffen zu recherchieren. Am Ende setze ich alle Einzelteile zu einem großen Mosaik zusammen.

Das Interview mit Stephan Lamby führte sein Lektor Matthias Hansl.

6. Februar 2022

Blick in den Abgrund

In diesen Tagen ist kaum noch zu übersehen, dass der Aufmarsch der russischen Truppen an der ukrainischen Grenze mehr ist als eine militärische Übung. Doch noch immer ist unklar, welche Absicht hinter der beängstigenden Konzentration von Soldaten und Kriegsmaterial steckt. Was will Putin?

In Deutschland fragen sich viele Bürger außerdem: Wo ist Scholz? Die kurze Aufbruchstimmung vom vergangenen Dezember ist verflogen. Längst sitzt dem Kanzler die Presse im Nacken. Zum Thema Ukraine-Krise äußert sich die Außenministerin, zur Corona-Krise der Gesundheitsminister. Wo aber steckt der Kanzler?

Die Zeitungen murren, in den sozialen Medien ergießt sich Spott über den Regierungschef. #WoIstScholz? trendet auf Twitter. Doch der lässt sich nicht irritieren: Verkündet wird dann etwas, wenn es etwas zu verkünden gibt. Olaf Scholz macht sich rar.

Natürlich nimmt er die Unruhe in der Hauptstadtresse und auch das Genörgel der Opposition wahr. Doch er hat sich fest vorgenommen, sich durch öffentliche Meinungsmaße nicht treiben zu lassen. Auf keinen Fall.

Vor einigen Monaten, im Bundestagswahlkampf, hatte er mir einmal seine Überzeugung anvertraut: «Wer die Nerven verliert, weil ihn ein paar politische Wettbewerber angreifen, der hat wahrscheinlich auch nicht die Nerven dafür, Bundeskanzler zu sein. Ich bin ziemlich sicher, dass ich diese Nerven habe.» Mit dieser eisernen Ruhe war Scholz unbeschadet durch den Bundestagswahlkampf gesurft.

Jetzt aber ist der Druck, zu handeln und sich zu erklären, von ganz anderer Natur. Ein drohender Krieg in Europa erfordert nicht nur einen standfesten, sondern auch einen sichtbaren Regierungschef. Die Bevölkerung ist besorgt. Die Social-Media-Beträge unter #WoIstScholz? kann

man als Geschrei abtun. Aber sie senden Warnzeichen in die Regierungszentrale.

Folglich beschließen der Kanzler und sein Regierungssprecher Steffen Hebestreit eine erste Kurskorrektur ihrer bisher so zurückhaltenden Kommunikation. Am Sonntag bricht Scholz zu einer Reise nach Washington auf.

Nach etwa zwei Stunden Flug hat die Maschine gerade Großbritannien überflogen. Olaf Scholz kommt aus dem vorderen Bereich, wo es Arbeitsräume und auch eine Schlafgelegenheit gibt, nach hinten, dorthin, wo die Journalisten eng zusammensitzen. Er hat seinen dunklen Kanzleranzug und auch die Krawatte ausgezogen und steht nun mit Jeans und Pullover breit grinsend im Gang.

Was will er uns mit diesem Kleidungswechsel sagen? Dass er seine Juso-Zeiten nicht vergessen hat? Dass er an Helmut Kohl in Strickjacke mit Michail Gorbatschow an einem kaukasischen Wildbach denkt? Will er in Zeiten der militärischen Eskalation einen stilistischen Kontrapunkt zu den ordengeschmückten Uniformen der Generäle setzen?

Die mitreisenden Journalistinnen und Journalisten dürfen gerne Fotos machen und später nach Hause twittern – soll zuhause niemand mehr behaupten, der Kanzler würde sich verstecken.

Seit Tagen löchern ihn die Reporter: Warum spricht er den Namen Nord Stream 2 nicht aus? Um die Gas-Ostseepipeline zwischen Russland und Deutschland tobt auf beiden Seiten des Atlantiks ein Streit.

Angesichts des Truppenaufmarschs werden die Rufe aus der Opposition und auch von den Grünen immer lauter, Russland mit einem Aus der Pipeline zu drohen. Manche fordern sogar, sofort aus dem gemeinsamen Pipeline-Projekt auszusteigen.

Olaf Scholz hört die Forderungen, sie dringen ja aus allen Richtungen an seine Ohren. Wieder will sich der Kanzler nicht treiben lassen. In den ersten Wochen seiner Regierungszeit versuchte er, sich ein wenig Luft zu verschaffen, indem er so tat, als ginge ihn die Ostseeröhre nichts an. Nord Stream 2 sei «ein privatwirtschaftliches Projekt», behauptete er eine Weile lang.

Als er merkte, dass ihm diese Geschichte niemand glaubte, nahm er den Namen Nord Stream 2 gar nicht mehr in den Mund. Prompt be-

gannen die Spekulationen: Fährt der deutsche Kanzler eine Doppelstrategie gegenüber Russland? Will er Putin trotz der allgemeinen Kriegs- und Sanktionsrhetorik die Hand ausstrecken? Ein Spiel mit verteilten Rollen, die Amerikaner als bad cops, die Deutschen als good cops?

Als Scholz nach Washington reist, plant er bereits, wenige Tage später nach Moskau zu fliegen. Eine klare Aussage würde seine Gesprächsposition schwächen. Also mauert der Kanzler. Aber er registriert, dass nicht nur in der Heimat, sondern auch in Washington über seine Motive gerätselt wird.

Der Antrittsbesuch des deutschen Kanzlers beim amerikanischen Präsidenten, dem Führer der westlichen Welt, ist für Olaf Scholz, den Arbeitsrechtler aus Hamburg-Altona, der es bis nach ganz oben geschafft hat, ein überaus feierlicher Moment. Als das Regierungsflugzeug um 21 Uhr auf einer Landebahn des Flughafens Washington-Dulles aufsetzt, meldet sich die Chefstewardess über Bordlautsprecher: «Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, ich wünsche Ihnen einen erfolgreichen Aufenthalt in Washington.»

Auf dem Rollfeld warten unzählige tiefschwarze Limousinen und Mini-Vans mit nervös blinkenden Warnleuchten, ebenso brummende Polizeimotorräder. Obwohl es sich nur um einen Arbeitsbesuch handelt, haben die Amerikaner die ganz große Show aufgefahren. Das können sie hier gut: Tschingderassabum Made in America. Als der Kanzler in die kalte Februarluft tritt, wird er von den vielen Warnlichtern und den Scheinwerfern der Kamerateams geblendet. Scholz blinzelt sein Scholz-Blinzeln und schreitet die Treppe hinab. Er ist angekommen.

Bevor es sich Biden und Scholz am nächsten Tag auf den Sofas im Oval Office bequem machen, hat jemand im Kamin dieses so geschichtsträchtigen Raumes ein Feuer entzündet. Noch draußen, am Eingang des West Wing, steigt einem der Geruch in die Nase.

Olaf Scholz hat mir einmal erzählt, wie sehr er Joe Biden schätzt. Er nahm das Wort «Bewunderung» nicht in den Mund, aber er klang so, als wenn er zu Joe Biden aufschaute. Über viele Jahre hat er beobachtet, wie sehr sich Biden, der Senator, der Vizepräsident und spätere Präsident, für die Belange einfacher Amerikaner stark machte. Jedenfalls erweckte Biden diesen Eindruck. Nie wirkte er abgehoben, erst recht

nicht angeberisch wie sein rüder Gegner Donald Trump. In den USA nennen ihn seine Anhänger «Middle-Class-Joe». Das gefällt Scholz. Und daher fragte ich ihn, ob er sich denn als «Middle-Class-Olaf» verstünde. Er begriff das Sprachspiel und wollte vor lauter Vorsicht, etwas Falsches zu sagen, nicht darauf einsteigen. Aber er widersprach auch nicht.

Jetzt also sitzen Middle-Class-Joe und Middle-Class-Olaf am offenen Kaminfeuer und sprechen über die Gefahren eines neuen europäischen Krieges und darüber, wie sie im Ernstfall reagieren sollen. Sie tauschen sich über die sich abzeichnende neue Weltordnung aus. Die Umrisse sind noch sehr unscharf. In Moskau sitzt ein Player, den Biden und Scholz nicht richtig durchschauen.

Als beide im East Room zur Pressekonferenz erscheinen, bemühen sie sich, Geschlossenheit auszustrahlen. Dem 79-jährigen Amerikaner sind die Strapazen des Alters und des Amtes anzumerken. Schleppend quält er sich durch sein Eingangsstatement, von einem Zettel liest er die Komplimente für seinen Gast ab. Gelegentlich schließt er die Augen. Wann wird er sie wieder öffnen? Dem Beobachter aus Deutschland kommt noch ein weiterer Spitzname für Biden in den Sinn: «Sleepy Joe». So hänselt Donald Trump seinen Rivalen.

Ein einziges Mal schrecken die Zuhörer auf, als nicht Olaf Scholz, sondern Joe Biden mit der Frage nach Nord Stream 2 konfrontiert wird. Biden braucht diesmal nicht viel Zeit zum Nachdenken: «Wenn Russland einmarschiert, wenn Panzer oder Truppen wieder die Grenze zur Ukraine überqueren, dann wird es kein Nord Stream 2 mehr geben. Wir werden dem ein Ende setzen.» Eine Journalistin will wissen, wie er das denn anstellen wolle. Schließlich handele es sich um ein deutsches Projekt. Darauf Biden: «Ich verspreche Ihnen, wir werden dazu in der Lage sein.»

Viele Monate später wird dieser Satz noch einmal eine große Rolle spielen, so als habe Biden an diesem Tag einen geheimen Plan verraten.

Direkt danach eilt Scholz ein, zwei Straßenblocks weiter hinüber ins CNN-Studio. Dort wartet Moderator Jake Tapper an einem Bistrotisch. Der Gast aus Deutschland soll auf einem Barhocker Platz nehmen.

Bevor sich Scholz in der neuen Umgebung ein wenig orientiert hat, schießt Tapper schon los: «Jemand, der der ukrainischen Regierung nahesteht, hat mir gesagt: Deutschland wird in Osteuropa und Kiew



Stephan Lamby im Interview mit Olaf Scholz © Kay Nietfeld, dpa

zunehmend als Verbündeter Russlands statt des Westens gesehen. Was sagen Sie dazu?»

Peng, ein Volltreffer. Mit nur einer Frage, in der ein harter Vorwurf versteckt ist, zielt Tapper voll auf die mangelnde Zuverlässigkeit und Bündnistreue der Deutschen. Ein ganzes Bündel voller Ressentiments und Misstrauen in nur wenigen Worten. Einen derartigen Angriff kann der Kanzler unmöglich auf sich sitzen lassen. Also schießt er ungewohnt undiplomatisch zurück: «That's absolutely nonsense», Blödsinn!

Am Abend sitzt Olaf Scholz wieder im Flugzeug und hebt in Richtung Europa ab. Als die Maschine über dem Atlantik ist, werde ich in den vorderen Teil gebeten, dort wo die Aufenthaltsräume des Kanzlers sind.

Wir kommen sofort auf die Kriegsgefahr in der Ukraine zu sprechen. Das Gespräch mit Joe Biden hat dem Kanzler offenbar keine Hoffnung auf eine baldige Entspannung in Osteuropa gemacht. Scholz sucht nach Worten, nach Orientierung. Nach irgendeinem Hinweis darauf, dass es Putin doch nicht ernst meint. Aber Scholz wird nicht fündig. So besorgt habe ich ihn noch nie erlebt.

27. Februar 2022

Zeitenwende

Am ersten Sonntag nach Kriegsbeginn hat Olaf Scholz seinen großen Auftritt im Bundestag. Er verkündet eine dramatische Kurskorrektur der deutschen Regierungspolitik, Waffen in ein Kriegsgebiet, unfassbar viel Geld für die Bundeswehr. Und noch mehr. Wie sehr der russische Überfall die Koalition in Berlin durchschüttelt, wird auch bei einem Gespräch mit den beiden Spitzen-Grünen Ricarda Lang und Omid Nouripour deutlich. Beide treffe ich vor dem Plenarsaal. Nouripour drückt sein Unbehagen so aus: «Wir sind an einem Ort, wo wir nicht sein wollten. Und wir werden Dinge tun müssen, die wir nicht tun wollten.»

Nach der Kanzlerrede bin ich mit Wolfgang Schmidt verabredet, der für Olaf Scholz die wichtigen Abstimmungen mit den Koalitionspartnern und Ministerien vornimmt. Er ist außerdem Koordinator der deutschen Geheimdienste. Schmidt kommt etwas zu spät zu unserem Treffen, er will erst noch Vitali Klitschko, den Bürgermeister von Kiew, anrufen. Nach dem Telefonat ist er sichtlich beeindruckt, Klitschko sei in einen Schutzraum geflohen und habe vom Keller aus mit ihm gesprochen. Er habe erzählt, die Hauptstadt sei von russischen Truppen beinahe komplett eingekesselt.

Der Kanzleramtsminister weiß, wie flehentlich die Ukrainer Unterstützung aus Deutschland erwarten. Sie wollen keine schönen Worte, sondern Waffen. Er ist bereit, diese Unterstützung zu organisieren.

Schmidt ist ein erfahrener Mann, die jahrelange Arbeit in Regierungsverantwortung an der Seite von Olaf Scholz haben ihn abgehärtet. Jedenfalls ist er kein ängstlicher Mensch. Doch jetzt, am dritten Tag des Krieges, ist auch Schmidt tief verunsichert. Er war über die Geheimdienstberichte, die ja regelmäßig auf seinem Tisch landen, über den russischen Truppenaufmarsch im Detail informiert. Aber dass Wladimir

Putin tatsächlich den Befehl zur Invasion geben würde, hat Schmidt dann doch überrascht.

Wir stehen eine Weile neben der Kuppel des Reichstages und tauschen uns über die verschiedenen Szenarien für einen möglichen Kriegsverlauf aus. Wir gehen beide davon aus, dass Putin keine Ruhe geben wird, bis er den ukrainischen Präsidenten Selenskyj aus dem Amt gefegt hat, tot oder lebendig. Aber da Selenskyj nicht freiwillig aufgeben wird – auch darin stimmen wir überein –, wird die russische Invasion in einem Blutbad enden.

Wolfgang Schmidt steht außerdem unter dem Eindruck einer aktuellen Meldung. Eine Meldung, die jedem, der sie vernimmt, sofort Angst einjagt. Wenige Minuten vor unserem Treffen im Reichstag wurde bekannt, dass Wladimir Putin die Atomstreitkräfte Russlands in Alarmbereitschaft versetzt hat. Schmidt ist außer sich. Wie weit wird Putin noch gehen? An diesem Tag scheint alles möglich zu sein. Keine Prognose ist zu düster.

März 2022

Kriegskasse

Die Aufmerksamkeit von Scholz, Habeck, Baerbock, Lindner, Schmidt und vielen anderen richtet sich nicht nur auf die militärische Unterstützung der Ukraine, sondern auch darauf, den Wirtschaftskrieg gegen Russland zu gewinnen. Der Krieg mit Sanktionen ist zwar unblutig, aber er richtet dennoch gewaltige Schäden an. Er fordert die Beteiligten nicht nur finanziell, sondern auch emotional. Welche Gesellschaft, welches Volk ist eher in der Lage, die Entbehrungen eines harten Wirtschaftskrieges zu ertragen? Vor allem, wie lange können die politischen Führungen ihren Völkern den Mangel an den gewohnten, teils lebenswichtigen Gütern zumuten?

Vor vielen Jahren habe ich einmal mit Alexander Haig über die amerikanische Niederlage im Vietnam-Krieg gesprochen. Haig war einst General der US-Armee, später Nato-Oberbefehlshaber in Europa. Haig wusste, wie wichtig Kampfmoral in einem Krieg ist, auch an der Heimatfront. Daher erklärte er mir die Niederlage gegen den eigentlich unterlegenen Gegner in Nordvietnam so: «Ihre Schmerzgrenze war weit höher als die einer westlichen Nation.»

Man kann das Beispiel nicht beliebig übertragen, aber es berührt einen wahren Kern. Der Konflikt zwischen westlichen Industrienationen und Russland erfordert Opfer auf beiden Seiten. Die ersten von der Europäischen Union und den transatlantischen Partnern verhängten Sanktionen wirken schnell: Vor Geldautomaten in Moskau bilden sich lange Schlangen, Fabriken müssen schließen. Es gibt zahlreiche Berichte über Warenknappheit in Geschäften und Einkaufszentren, die vor allem westliche Produkte in ihren Sortimenten hatten. Einige russische Banken geraten in Not, das Auslandsvermögen der russischen Zentralbank ist eingefroren. Wichtige Börsenwerte stürzen ab, der Rubel verliert anfangs erheblich an Wert.

All diese Spuren bleiben der russischen Bevölkerung nicht ver-

borgen. In der Frühphase des Krieges stellt sich die Frage, wie Wladimir Putin sein Volk von der Notwendigkeit der «militärischen Spezialoperation» überzeugen kann. Wie lange sind die Russen bereit, die Auswirkungen der Sanktionen zu ertragen? Wo liegt ihre Schmerzgrenze?

Sehr ähnlich sind jedoch auch die Fragen, die sich die Bundesregierung stellt: Ist die deutsche Gesellschaft bereit, die Folgen der Sanktionen im eigenen Land zu schultern? Was kann die Regierung ihren Bürgern zumuten?

Ein Gradmesser ist die Wut an den Tankstellen: Die Preise für Benzin und Diesel explodieren förmlich. In der ersten Märzwoche steigen sie auf über zwei Euro pro Liter. Und da an den Spritpreisen viele andere Preise hängen, steigt die Inflation auf lange nicht mehr gekannte Höhen – und mit ihr die Ungeduld der Bevölkerung.

Neben den finanziellen Kosten sind die Sanktionen noch auf andere Art zu spüren: Die Deutschen machen sich Sorgen, wie lange sie ihre Häuser und Wohnungen noch auf gewohnter Zimmertemperatur heizen, wie lange sie warm duschen, wie lange sie ihre Gasherde nutzen können.

Im Bundestagswahlkampf hat Christian Lindner immer wieder diese eine Melodie gesungen: keine Neuverschuldung, keine Steuererhöhung, die Schuldenbremse wird nicht angetastet. Dieses Leitmotiv hielt er auch in den Koalitionsverhandlungen durch und startete hoffnungsfroh in das Amt, das er unbedingt haben wollte: Finanzminister.

Jetzt, nur wenige Wochen nach Kriegsbeginn, bin ich mit ihm zum Interview verabredet. Er erzählt, wie er die russische Invasion der Ukraine erlebt. Und er schaut voraus: Wie einschneidend sollen die Sanktionen gegen Russland sein? Auf keinen Fall sollen sie Deutschland mehr schmerzen als Russland. Es geht um das Durchhaltevermögen. Ein Kräftemessen zeichnet sich ab, nicht nur zwischen zwei Regierungen, sondern auch zwischen zwei Volkswirtschaften und Gesellschaften. Der Krieg kann schließlich noch sehr lange dauern.

In diesem Punkt stimmt er mit Robert Habeck überein. Als ich den Vizekanzler in seinem Wirtschaftsministerium besuche, schildert er eindringlich, welche Probleme der deutschen Wirtschaft und den deutschen Verbrauchern entstehen würden, wenn die Öl- und Gaslieferungen aus Russland von heute auf morgen ausbleiben würden. Das möchte man sich lieber nicht vorstellen. Auch Habeck stellt sich auf einen längeren Krieg ein.

April 2022

Geopolitik in Afrika

Annalena Baerbock ist seit gestern Nacht in Bamako, der Hauptstadt von Mali. «In einer anderen Welt», wie sie es in einem gänzlich anderen Zusammenhang vor ein paar Wochen gesagt hat, am Tag des Kriegsbeginns.

Am Flughafen besteigen wir einen Militärtransporter, eine riesige A400M. An den Außenwänden ist für Passagiere notdürftig Platz. Man sitzt nicht wie in einem Zivilflugzeug mit Blick nach vorne, sondern quer zur Flugrichtung. Den Flug mit dem Regierungsfieger zu unternehmen, wäre zu gefährlich. Und bald verstehen wir, warum. Annalena Baerbock und alle Mitreisenden werden aufgefordert, bleischwere, schussichere Westen anzulegen.

Nach einer guten Stunde lässt der Pilot das Flugzeug plötzlich in den Sinkflug fallen. Aber er setzt nicht zur Landung an, sondern fliegt beunruhigend lang und nah über dem Boden. Fünf, sechs Minuten geht das so. Es besteht die Gefahr, dass wir von feindlichen Granaten getroffen werden und dann irgendwo notlanden müssen. Wir sollen vor möglichen Feueregefechten geschützt werden. Je dichter der Pilot über dem Boden fliegt, desto schwerer ist das Flugzeug als Ziel auszumachen.

Später erzählt uns ein Offizier, dass malische Rebellen das Bundeswehrcamp gelegentlich mit selbstgebauten Mörsern beschießen. Solchem Beschuss will die Crew ausweichen.

Nach eineinhalb Stunden Flug setzt der Transportflieger auf der Landepiste von Gao auf, endlich. Als die riesige Ladeluke geöffnet wird, dringt ein Schwall heißer Luft ins Innere. Es ist, als ob jemand eine Saunatür öffnen würde – ohne Handtücher und kalte Dusche in der Nähe.

Im Bundeswehrlager bekommt die Ministerin eine Sicherheitseinweisung. Über einen Lautsprecher löst ein Offizier einen Probealarm

aus: Uiuui, uiuiui, uiuiui. Wenn dieses Signal ertönt, sagt der Mann mit ernster Stimme, sind Raketen oder Granaten im Anflug, dann müssen wir uns sofort auf den Boden werfen, mit den Händen den Kopf schützen und warten, bis ein weiteres Signal Entwarnung gibt. Uiuui, uiuiui, uiuiui, das merken wir uns.

Annalena Baerbock wird ein paar hundert Meter weiter geführt, dorthin, wo schwer bewaffnete Einsatzfahrzeuge und Kampfhubschrauber stehen. In einem Hangar zeigen die Soldaten der Besucherin aus Berlin ihre Aufklärungsdrohne. Die Heron ist mit hochauflösenden Kameras ausgestattet und wird zur Beobachtung feindlicher Aktivitäten eingesetzt. Es ist der Stolz der Truppe. Und eine Garantie ihrer Sicherheit. Um Einsätze mit der Drohne wird sich die Bundeswehr später heftig mit der malischen Regierung streiten.

Bewaffnete Drohnen stehen der Truppe nicht zur Verfügung. Noch nicht, aber das soll sich nach der Zeitenwende-Rede des Kanzlers bald ändern.

Im Gespräch mit den Soldatinnen und Soldaten will Baerbock erfahren, wie sie die Sicherheitslage in Mali einschätzen. Sie will ein Gespür dafür bekommen, ob die Bundeswehr aus dem Land abziehen soll oder nicht. Eine schwere Entscheidung, auch Russland hat längst ein Auge auf die Länder der Sahelzone geworfen. Die Regierung in Mali, die erst vor einem Jahr durch einen Putsch an die Macht kam, arbeitet sogar mit russischen Wagner-Söldnern zusammen – eine brutale Truppe, die für Massaker an der Zivilbevölkerung verantwortlich gemacht wird. Wie kann die Bundeswehr mit einem Regime kooperieren, das solche Legionäre duldet?

Andererseits: Islamisten breiten sich von Mali aus in der ganzen Sahelzone aus. Einige haben der Terrororganisation IS die Treue geschworen, andere Al Quaida. Die Regierungen der Nachbarländer blicken mit Sorge auf die instabile Lage in Mali. Wenn Mali kippt, sagen einige, kippen auch wir.

«Wenn wir bleiben, müssen wir besser ausgestattet werden», erzählt ein Soldat einschränkend. Völlig überzeugt vom Sinn der Mission wirkt er nicht. Dann schildert er, wie riesig die Region ist, die die Deutschen und andere UN-Einheiten beobachten und gegebenenfalls gegen feindliche Einheiten verteidigen müssen. «Unsere Präsenz hier ist wie ein Tropfen Wasser in der Wüste.»



Stephan Lamby mit Annalena Baerbock © Knut Muhsik, ECO Media

Wenn es einen Soundtrack gibt, der den Gemütszustand Annalena Baerbocks gerade am besten wiedergibt, dann das Lied der englischen Punkband The Clash: «Should I stay or should I go?». Eigentlich tendiert sie Richtung «stay», deutsche Soldatinnen und Soldaten sollen im Land bleiben. Sie will Mali nicht dem großen Konkurrenten Russland überlassen. Aber hier und jetzt erfährt sie, mit welchen Risiken ein Verbleib verbunden wäre.

Juni 2022

David gegen Goliath

Robert Habeck steht in einem dampfenden, zischenden und übelriechenden Chemiapark, umgeben von einem Labyrinth aus Rohren. Wie alle Besucher muss er sich eine Weste mit Leuchtfarbe überziehen, dazu einen weißen Schutzhelm. Habeck lächelt sein breitestes Lächeln, das mit der Weste und dem Helm gefällt ihm.

Einen Nachmittag lang wird der Mann aus Flensburg, der jetzt in der Hauptstadt den Ton angibt, in einem Reisebus durch die riesige Anlage von Leuna in Sachsen-Anhalt kutschiert. Seine Gruppe gibt ein lustiges Bild ab: ganz vorne ein Polizeiwagen, dann die gepanzerten Limousinen von Habeck und den Personenschützern, mit Blaulichtern. Schließlich der Reisebus, in dem die VIPs sitzen. Links hinter dem Fahrer sitzt der Vizekanzler.

Die Karawane tuckert im Schrittempo. Die Arbeiter am Wegesrand schauen kurz hoch und versuchen zu erkennen, wer da Wichtiges vorbeifährt. Der Politiker schaut durch die Scheiben zurück und versucht, das Durcheinander auf dem Gelände zu verstehen.

Orte wie Leuna sind für Robert Habeck von größter Bedeutung. Hier entscheidet sich, ob Deutschland im Wirtschaftskrieg mit Russland bestehen kann. Es geht um Rohstoffe, Pipelines und chemische Vorgänge. Wissbegierig saugt er alle Informationen auf.

Leuna hängt immer noch an den Rohren, die Gas aus Russland liefern. Und über die Leitung «Druschba» («Freundschaft») strömt noch ein paar Monate lang Rohöl, wie zu alten DDR-Zeiten.

Längst ist der französische Mineralölkonzern Total einer der Großkunden von russischem Öl. Zwölf Millionen Tonnen verarbeitet die Belegschaft jährlich zu Diesel, Benzin und Heizöl. Tanklaster transportieren die Mineralölprodukte zu 1300 Tankstellen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Es verhält sich so ähnlich wie in Schwedt, ohne

die Versorgung aus Leuna hätten weite Teile Ostdeutschlands ein Problem. Alle müssen sich ganz schnell auf den Notfall vorbereiten.

Schon kurz nach Beginn der russischen Invasion in der Ukraine erklärte das Management in Leuna, möglichst bald auf Öllieferungen aus Russland verzichten zu wollen. Möglichst bald, das heißt bis Ende des Jahres. Total kommt damit sogar den Plänen der Bundesregierung und der Europäischen Kommission zuvor, Habeck findet das großartig.

Umso wichtiger ist, dass das Öl demnächst aus anderen Quellen nach Leuna fließt. Ob das wirklich funktioniert, werden die Manager erst in ein paar Monaten wissen.

Dann ist da noch das Problem mit dem Gas. Auf dem Gelände hat sich auch der Linde-Konzern niedergelassen. Bei der Herstellung von Industriegasen ist Linde Weltmarktführer. Hier in Leuna betreiben die Spezialisten zwei Anlagen zur Verflüssigung von Wasserstoff. Es gibt nur vier solcher Anlagen in Europa. Um den Rohstoff zu verflüssigen, muss er auf minus 253 Grad heruntergekühlt werden. Ein sehr energieintensives Verfahren.

«Was würde passieren, wenn ab morgen kein Gas mehr aus Russland fließen würde?», will ich von einem leitenden Mitarbeiter wissen, der neben der Anlage steht. Der Mann schüttelt den Kopf, sein Gesichtsausdruck verdunkelt sich. Kein Gas mehr – eine Katastrophe.

Am Rande der Besichtigungstour erzählt mir Habeck, was passieren würde, wenn das Gas aus Russland plötzlich ausbliebe. Er hat ja nicht nur den Chemiepark in Leuna im Blick, sondern auch die Zulieferindustrie, die Mitarbeiter, die Kunden. «Das wäre nicht zu kompensieren», ist er überzeugt.

Dann berichtet der Wirtschaftsminister, dass das russische Gas zwar vorübergehend zu ersetzen sei, weil die Gaskavernen in Deutschland wieder zu 40% gefüllt seien. Das würde in Leuna wohl für zwei, drei Wochen reichen. Aber man müsse davon ausgehen, dass das Gas aus Russland länger ausbliebe. «Das wäre im Moment nicht aufzufangen.»

Wladimir Putin, das wird auf dem Gelände des Chemieparks klar, hält ein gewaltiges Druckmittel in der Hand. Schon vor Jahren haben Habecks Parteifreunde davon gesprochen, Putin könne Energie als Waffe einsetzen. Jetzt ist es so weit.

Der deutsche Minister hat in den letzten Wochen immer wieder ver-



Stephan Lamby im Interview mit Robert Habeck © Britta Pedersen, dpa

sucht, Putin diese Waffe aus der Hand zu schlagen. Und sich zu wehren. Mit Gesetzen und mit Maßnahmen gegen russische Unternehmen in Deutschland. Dann war Putin wieder am Zug.

Habeck klingt eindringlich, auch ein wenig getrieben, als er berichtet, wie er diesen Kampf erlebt, das Hin und Her von Drohungen, Sanktionen, Währungsstricks, die Kündigung von Verträgen: «Das versucht der Kreml geschickt zu machen. Aber wir sind auch nicht komplette Idioten.»

Jetzt wirkt er sogar stolz. Man denkt an David, der von Goliath unterschätzt wurde. Habeck fühlt sich wohl in der David-Rolle. Wie in der Legende glaubt er, eine Schleuder mit Steinen zu haben. Deutsche Gesetze und Verordnungen gegen den riesenhaften Aggressor. Aber ob David Habeck den Goliath Putin zur Strecke bringen wird, ist gerade sehr unklar.

September 2022

Moral und Ölpreis

Zwei Tage nach seiner Rückkehr aus New York bricht Olaf Scholz schon wieder auf. Ein großer körperlicher Stress, diesmal geht es viele tausend Kilometer Richtung Südosten. Er will nach Saudi-Arabien, in die Vereinigten Arabischen Emirate und nach Katar. Es geht morgens um 6:10 Uhr los, in die Regierungsmaschine steigen auch übermüdete Manager deutscher Konzerne.

Auf dem Flug nach Dschidda, dem Urlaubssitz der saudischen Königsfamilie am Roten Meer, wird unter den ebenfalls mitreisenden Reportern diskutiert, was vom Besuch beim saudischen Kronprinzen zu halten ist. Mohammed bin Salman gilt als Auftraggeber des bestialischen Mordes an dem Journalisten Jamal Khaschoggi. Im Jahr 2018 wurde er im saudischen Konsulat in Istanbul von einem Terrorkommando festgenommen und ermordet. Die Killer zersägten den Leichnam und schafften die Einzelteile heimlich aus dem Gebäude.

Die Bluttat von Istanbul ist keine Ausnahme. In Saudi-Arabien herrscht die Königsfamilie seit langem mit zum Teil mittelalterlichen Methoden, Steinigungen von Ehebrecherinnen, Enthauptungen. Oppositionelle müssen damit rechnen, öffentlich ausgepeitscht und jahrelang inhaftiert zu werden.

Ein Journalist beschreibt die Brisanz der Reise so: «Gas gibt es nicht mehr, Öl wird eingestellt, Kohle wird eingestellt. Da muss man sich natürlich in anderen Ländern umtun. Es ist leider eine Realität der Weltpolitik, dass auf den größten fossilen Energiereserven fast ausschließlich Potentaten, Diktatoren und autoritäre Herrscher sitzen.» Eine Kollegin ergänzt, mit dieser Reise würde der Kanzler die im Koalitionsvertrag vereinbarte «wertebasierte Außenpolitik» weit verlassen: «Es ist eine Rückkehr zum totalen Realismus, Pragmatismus.»

Olaf Scholz kennt all diese Einwände. Doch Saudi-Arabien ist das

Land mit den zweitgrößten Erdölvorkommen der Welt. Kann man in Zeiten der Energiemangel auf einen solchen Partner verzichten? Nachdem erst Boris Johnson und Joe Biden nach Saudi-Arabien reisten und Emmanuel Macron bin Salman in Paris empfing, wird sich Scholz gedacht haben: Da muss ich auch hin.

Als der Kanzler in der glühenden Mittagshitze aus dem Regierungsjet steigt, wird er vom Gouverneur des Bezirks Mekka empfangen. Im Kathedralen-großen Regierungsterminal setzen sich Scholz und der Regionalpolitiker erst einmal zu einer Tasse Tee zusammen. Hoch über ihnen hängt das großformatige Bild des greisen Königs Salman ibn Abd al-Aziz Al Saud.

Scholz hat eigentlich nicht viel zu verhandeln mit dem Gouverneur. Aber der Besucher aus Deutschland weiß, dass er sich ein paar Stunden lang den Gepflogenheiten des Landes anpassen muss. Dazu gehört, sich Zeit zu nehmen. Scholz braucht Geduld.

Nach endlosen Minuten verabschiedet er sich höflich und wird zu einer tiefschwarzen Maybach-Limousine mit deutscher Standarte geführt. Auf der Seitentür ist das Staatswappen aufgeklebt, eine Palme und zwei gekreuzte Säbel. Saudi-Arabien ist nicht die friedliebendste Nation der Welt.

Eine halbe Stunde später fährt der Kanzler vor dem Königspalast vor, der Kronprinz wartet am Eingang. Wie wird Scholz diesen Mann begrüßen? Mit einem tiefen Diener, so wie sich Robert Habeck vor dem Emir von Katar verbeugte? Oder wie Joe Biden, der dem Kronprinzen zur Begrüßung nur die Faust entgegenstreckte?

Scholz reicht Bin Salman selbstbewusst die Hand und lächelt ein wenig. Soll er das, darf er das? Auf dem glatten internationalen Parkett zählt jede Geste. Aber Scholz deutet sein Lächeln nur an, das kann er gut. Dann ziehen sich die beiden Staatsmänner mit ihren Delegationen zurück.

Es geht um langfristige Kooperationen. Die Deutschen brauchen dringend mehr Öl und mehr Gas. Das Gas erhoffen sie sich von Katar und Abu Dhabi. Das Öl aus Saudi-Arabien soll vor allem billiger werden, bittet der Kanzler. Dies ist vielleicht schon der wichtigste Punkt auf seiner Liste.

Scholz will die Saudis dazu bewegen, die Fördermenge auszuweiten, um den Ölpreis zu senken. Schon Joe Biden hatte bei seinem Besuch in

Riad im Juli darauf gedrängt. Der amerikanische Präsident steht wegen der bevorstehenden Kongresswahlen unter erheblichem innenpolitischem Druck. Um den Benzinpreis im eigenen Land zu verringern und so die hohe Inflation in den Griff zu bekommen, gab er sogar die strategischen Ölreserven der USA frei. Die Maßnahme hatte kurzfristig Erfolg. Der Ölpreis sank tatsächlich ein wenig, aber nicht so weit, dass sich die Märkte und Bürger in den USA und in Europa dauerhaft beruhigten.

Jetzt also versucht Olaf Scholz sein Glück. Bitte tut etwas gegen den hohen Ölpreis, weitet die Ölfördermenge aus! So erzählt es jemand, der bei dem Treffen dabei war. Der Kronprinz soll genickt haben. Er fände auch, dass der Ölpreis zu hoch sei. Die Geste ist nicht ernst gemeint. Aber das wird Olaf Scholz erst in ein paar Tagen erfahren.

Der Kanzler kann noch hoffen, mit einer Zusage nach Deutschland zurückzufliegen. Deutschland braucht Saudi-Arabien. Aber braucht Saudi-Arabien auch Deutschland?

Die Saudis wissen, dass die Deutschen, wie viele andere Industrienationen, langfristig aus den fossilen Energieträgern aussteigen wollen. Die Herrscher am Golf wollen aber ihre kostbaren Bodenschätze möglichst lange verkaufen. Wie passen die kurzfristigen Interessen der Deutschen und die langfristigen Interessen der Saudis zusammen?

Das Wort Wasserstoff ist der Schlüssel, mit dem sich in der arabischen Welt gerade allerhand Türen öffnen lassen. Scholz will den arabischen Handelspartnern langfristige Kooperationen zur Herstellung von Wasserstoff schmackhaft machen. Er schwärmt von der deutschen Ingenieurskunst und vom großen Energiehunger seines Landes.

Aber da ist ja noch das lästige Thema Menschenrechte und der Mord an Jamal Kashoggi. In der großen Gesprächsrunde sind das keine Themen. Der Kronprinz und der Kanzler ziehen sich anschließend zum Vieraugengespräch zurück. Spricht Scholz dabei Klartext?

Nach gut vier Stunden kommt der Kanzler aus dem Palast zu den wartenden Journalisten zurück. Alle wollen wissen, wie das Gespräch gelaufen ist. Und überhaupt: Wie spricht man mit einem Mann, der im Verdacht steht, unliebsame Kritiker zersägen zu lassen? Scholz weiß, was alle von ihm erfahren wollen. Er weiß, dass er einen diplomatischen Skandal ungeahnter Größenordnung auslösen würde, wenn er jetzt seine Gefühle artikulieren würde. Die deutsch-saudischen Beziehungen

wären auf Jahre gestört. Andererseits kann er den Journalisten auch keinen Friede-Freude-Eierkuchen servieren.

Also bleibt der Kanzler im Diplomatenmodus und sagt, man solle davon ausgehen, dass auch das Thema Menschen- und Bürgerrechte angesprochen worden sei.

Etwas später sitzen wir alle wieder im Regierungsflugzeug. Olaf Scholz empfängt mich zum Interview, wir sitzen in dem kleinen Besprechungsraum, drei Sitzbänke, U-förmig um zwei aufklappbare Tische angeordnet. Hier hatte ich schon mit ihm auf seinem Washington-Flug und mit Annalena Baerbock auf ihrer Reise in die Sahelzone gesprochen.

Scholz ist angestrengt vom Reisetstress der letzten Tage. Während er in der Golfregion schwierige Gespräche führte, begann Wladimir Putin in den von seinen Truppen besetzten Gebieten der Ukraine Fakten zu schaffen. Er lässt Volksabstimmungen durchführen, um die Regionen anschließend formell zu annektieren. Niemand in der Umgebung des Kanzlers zweifelt daran, dass es sich um miserabel gefälschte Referenden handelt.

Allen sitzt die Sorge im Nacken, dass Putin die Annexionen zum Anlass nehmen wird, jegliche feindliche Kampfhandlung als Angriff auf russisches Staatsgebiet zu deuten. Er hat gerade erst wieder mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht. Der Satz «Das ist kein Bluff» wird in Berlin rauf und runter diskutiert. Soll man ihn ernst nehmen oder nicht? Bistlang hat Olaf Scholz öffentlich dazu geschwiegen. Jetzt, im Flugzeug, gibt es Gelegenheit, mit ihm darüber zu sprechen. Bluff oder nicht Bluff, «Herr Bundeskanzler, wie wirkt die Drohung auf Sie?»